Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/5281
29.09.89

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 4. Oktober 1989 am Donnerstag, dem 5. Oktober 1989

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	*Nummer der Frage*
Antretter (SPD)	18, 19
Frau Bulmahn (SPD)	11, 12
Diller (SPD)	23, 24
Duve (SPD)	49, 50
Eigen (CDU/CSU)	5, 6
Frau Ganseforth (SPD)	2
Gansel (SPD)	4, 29
Frau Geiger (CDU/CSU)	37
Hedrich (CDU/CSU)	40, 41
Herkenrath (CDU/CSU)	38, 39
Dr. Hirsch (FDP)	16, 17
Graf Huyn (CDU/CSU)	44
Dr. Kübler (SPD)	13, 14
Lowack (CDU/CSU)	1
Marschewski (CDU/CSU)	45
Dr. Mechtersheimer (DIE GRÜNEN)	15, 48
Müller (Pleisweiler) (SPD)	31, 32
Müntefering (SPD)	3
Dr. Olderog (CDU/CSU)	20, 21
Schanz (SPD)	33, 34
Schreiner (SPD)	27, 28
Stiegler (SPD)	7, 47
Toetemeyer (SPD)	35, 36
Vahlberg (SPD)	25, 26
Vosen (SPD)	30, 46
Graf von Waldburg-Zeil (CDU/CSU)	42, 43
Frau Walz (FDP)	8, 9
Wüppesahl (fraktionslos)	10, 22

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU)

Was beabsichtigt die Bundesregierung gegen die unhaltbar lange Dauer von Verfahren in der Finanzgerichtsbarkeit zu unternehmen, die von der Praxis schon als „Rechtsschutz-Blockade" bzw. Verweigerung des Rechtsschutzes angesehen wird (vgl. HANDELSBLATT vom 21. September 1989)?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

2. Abgeordnete
Frau Ganseforth
(SPD)

Welcher getrennt lebende Elternteil erhält entsprechend dem durch die Steuerreform geänderten § 32 EStG ab 1990 für ein studierendes, am Studienort gemeldetes Kind den Haushaltsfreibetrag?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

3. Abgeordneter
Müntefering
(SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die Möglichkeit des Artikels 22 a der EG-Richtlinie zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge zu nutzen, indem sie die öffentlichen Auftraggeber in der Bundesrepublik Deutschland verbindlich verpflichtet, nur Angebote von Bietern zu akzeptieren, denen in der Kalkulation erkennbar die Bedingungen des hiesigen Beschäftigungs- und Arbeitsrechtes zugrunde liegen?

4. Abgeordneter
Gansel
(SPD)

Wann sind Ausfuhrgenehmigungen für den Export von Multisensorplattformen für die Länder Argentinien, Brasilien, Ägypten, Irak, Iran und Südafrika erteilt worden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

5. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Herabsetzung der Mindestflächenstillegung in den USA von vormals 27,5% auf 5%, und welchen Rat wird sie der Kommission der Europäischen Gemeinschaft für ihr Verhalten bei den laufenden GATT-Verhandlungen geben?

6. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Welche Meinung vertritt die Bundesregierung zu Äußerungen, wonach die Landwirte in der Bundesrepublik Deutschland rechtzeitig auf den Erfolg der USA im GATT vorbereitet werden sollten, d. h. daß alle Subventionen, Zölle und Abschöpfungen im Weltmarkt für Agrarprodukte auf Null abzubauen sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

7. Abgeordneter **Stiegler** (SPD)

Welche Auswirkungen hat die Integration deutscher Aus- und Übersiedler auf die Einnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung, und welche Folgerungen ergeben sich daraus für die Maßnahmen zur Stabilisierung der Alterssicherungssysteme?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

8. Abgeordnete **Frau Walz** (FDP)

In welchen Bundesländern wurden bisher Landesseniorenräte gegründet und mit welchen grundsätzlichen Aufgaben betraut?

9. Abgeordnete **Frau Walz** (FDP)

Hält die Bundesregierung die Gründung eines Bundesseniorenrates für nötig, und in welcher Form könnten die Erfahrungen und die Kompetenzen eines solchen Gremiums für die Altenhilfepolitik der Bundesregierung genutzt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation

10. Abgeordneter **Wüppesahl** (fraktionslos)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß es bei der Datenfernübertragung per Teletex (wie z. B. an Abgeordnete des Deutschen Bundestages) vorkommen kann, daß ein Teletex unter bestimmten technischen Voraussetzungen nicht an den Adressaten gelangt, sondern an eine zentrale Fernschreibstelle umgeleitet wird, ohne daß der Absender darauf Einfluß nehmen kann, und wie bewertet die Bundesregierung diesen Sachverhalt unter dem Aspekt des Datenschutzes?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

11. Abgeordnete **Frau Bulmahn** (SPD)

Trifft ein Bericht des Fernsehmagazins Monitor zu, wonach der Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, Dr. Carl, mit seinem Büro einen Betriebsausflug, getarnt als militärische Übung oder Unterrichtung, durchgeführt hat, und wenn ja, weshalb wurde dieser Ausflug getarnt?

12. Abgeordnete **Frau Bulmahn** (SPD)

Entspricht die Durchführung des Ausflugs den Dienstvorschriften des Bundesministeriums der Verteidigung bzw. gegen welche wurde gegebenenfalls verstoßen?

13. Abgeordneter **Dr. Kübler** (SPD)

Wird die Bundesregierung nach den neuesten Gesprächen zwischen den Außenministern der USA und der Sowjetunion über den Abbau chemischer Waffen und die dazugehörende gegenseitige Information über Lagerstandorte von chemischen Waffen dieses zum Anlaß nehmen, die deutsche Bevölkerung über die Standorte in der Bundesrepublik Deutschland zu informieren?

14. Abgeordneter **Dr. Kübler** (SPD)

Gibt es eine neue Zeitplanung für den Abzug der chemischen Waffen aus der Bundesrepublik Deutschland und ein Konzept für eine möglichst die Umwelt und die Gesundheit schonende Entsorgung aus den Standorten, in denen chemische Waffen lagern?

15. Abgeordneter **Dr. Mechtersheimer** (DIE GRÜNEN)

Inwieweit treffen Informationen der Fachzeitschrift „Aviation Week & Space Technology" zu, wonach das EFA-Konsortium wegen finanzieller Schwierigkeiten bei der Entwicklung des Jagdflugzeuges 90 bei erdölexportierenden Ländern des Nahen Ostens (wie etwa Saudi-Arabien, Libyen, Kuwait, Algerien) um finanzielle Unterstützung nachgesucht haben soll?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

16. Abgeordneter **Dr. Hirsch** (FDP)

Hat sich der Zustand der Rast- und Gaststätten an der Autobahn, die sämtlich der zu 100% im Bundesbesitz befindlichen Gesellschaft für Nebenbetriebe der Bundesautobahn mbH (GfN) gehören, nach Auffassung der Bundesregierung seit meiner letzten Anfrage verbessert?

17. Abgeordneter **Dr. Hirsch** (FDP)

Welche Fortschritte zur Privatisierung dieser Gesellschaft sind seit dem Gutachten der Treuarbeit AG „über Gestaltungsmöglichkeiten, erforderliche Maßnahmen und Probleme einer Teilprivatisierung der GfN in rechtlicher, betriebswirtschaftlicher und steuerlicher Sicht" vom Februar 1988 gemacht worden?

18. Abgeordneter **Antretter** (SPD)

Liegen der Bundesregierung die Ergebnisse über die Zahl der Verkehrsunfallopfer auf den italienischen Autobahnen während der Zeit dieses Jahres vor, als ein auf die Autobahnen begrenztes Tempolimit angeordnet war, und welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung daraus zu ziehen?

19. Abgeordneter **Antretter** (SPD)

Gibt es seitens der Bundesregierung die Absicht oder, soweit der Bundesregierung bekannt, Bestrebungen der Landesregierungen Baden-Württemberg und/oder Rheinland-Pfalz, die vom Deutschen Bundestag in der Dringlichkeit „Planungen" eingestufte Autobahn-Querspange A 5/ A 65 bei der Fortschreibung des Bedarfsplans für die Bundesfernstraßen in der Dringlichkeitsstufe „Vordringlicher Bedarf" unterzubringen?

20. Abgeordneter **Dr. Olderog** (CDU/CSU)

Wie ist der Stand in der Realisierung eines deutsch-sowjetischen Projekts einer Fährverbindung zwischen einem Hafen in Schleswig-Holstein und einem Hafen in der Sowjetunion, und welche Schwierigkeiten stehen gegebenenfalls einer raschen Realisierung noch entgegen?

21. Abgeordneter **Dr. Olderog** (CDU/CSU)

Was wird die Bundesregierung konkret tun, um dieses, von allen politischen Kräften Schleswig-Holsteins dringend geforderte Projekt zu verwirklichen, und wann rechnet sie mit seiner Fertigstellung?

22. Abgeordneter **Wüppesahl** (fraktionslos)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß Gefahrguttransporte in die öffentliche Hand gelegt werden müssen, damit sie nicht einer öffentlichen Kontrolle unter dem Aspekt der Sicherheit entgehen, und wie sind die Dienststellen – besonders die der Deutschen Bundesbahn – technisch und personell ausgestattet, um etwaigen Unfällen mit Gefahrgut auf ihrem Hoheitsgebiet begegnen zu können?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

23. Abgeordneter **Diller** (SPD)

Warum akzeptiert die Bundesregierung den Vollausbau des Atomkraftwerkes Cattenom, obwohl die Errichtungsgenehmigung für die Blöcke III und IV rechtswidrig ist, weil für die Leistungserhöhung von 900 auf 1 300 Megawatt kein neues Planfeststellungsverfahren durchgeführt wurde?

24. Abgeordneter **Diller** (SPD)

Warum akzeptiert die Bundesregierung den Vollausbau des Atomkraftwerkes Cattenom, obwohl die Erstellung einer Auswirkungsstudie (gemäß Richtlinie des Europäischen Rates vom 27. Juni 1985, in Kraft getreten am 1. Juli 1988) vor der Erteilung der neuen Genehmigungen versäumt wurde?

25. Abgeordneter **Vahlberg** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die bisher von den nationalen Parlamenten Österreichs, der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland eingebrachten Initiativen für eine Konferenz zum Schutz der Alpen?

26. Abgeordneter **Vahlberg** (SPD)

Welche Gründe haben die Bundesregierung bewogen, Vertreter der Parlamente der betroffenen Länder nicht zur „Alpenkonferenz" vom 10. bis 12. Oktober 1989 nach Berchtesgaden einzuladen?

27. Abgeordneter **Schreiner** (SPD)

Aus welchen Gründen hat der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Töpfer, den Wunsch der saarländischen Landesregierung auf Errichtung der Europäischen Umweltagentur im Saarland nicht unterstützt?

28. Abgeordneter **Schreiner** (SPD)

Trifft es zu, daß der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Töpfer, am 10. September 1989 in Saarbrücken erkärt hat, er wolle eine „gezielte Vorbereitung des Saar-Lor-Lux-Raums, der Städte Metz, Luxemburg, Saarbrücken als Standortregion für europäische Institutionen", und welche Einrichtungen hat er dabei ins Auge gefaßt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

29. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Hat es zwischen Firmen und öffentlichen Einrichtungen aus der Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen Jahren mit Südafrika eine Zusammenarbeit in der Grundlagenforschung oder in der Entwicklung von Höhenforschungsprogrammen zur Wetter- und Klimaerkundung oder zum Satellitentransport gegeben?

30. Abgeordneter **Vosen** (SPD)

Welche Informationen (auch unsystematischer Art) liegen der Bundesregierung im einzelnen darüber vor, welche Staatsangehörige anderer Länder jemals in der Bundesrepublik Deutschland mit deutschen Wissenschaftlern und/oder Institutionen bei der Vorbereitung, Ausführung und/oder Auswertung von Höhenforschungsprogrammen zusammengearbeitet haben?

31. Abgeordneter **Müller (Pleisweiler)** (SPD)

Trifft es zu, daß die Rakete Condor II auch noch im Jahr 1986 in der Bundesrepublik Deutschland im Windkanal oder in sonstiger Weise wissenschaftlich getestet worden ist?

32. Abgeordneter **Müller (Pleisweiler)** (SPD)

Wann hat die Firma MBB der Bundesregierung mitgeteilt, daß die Arbeiten an Condor II eingestellt worden sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

33. Abgeordneter **Schanz** (SPD)

Trifft es zu, daß bei der Planung und Durchführung von Projekten der Technischen Zusammenarbeit durch zu geringe Ausgabenansätze der deutsche Beitrag in laufenden Projekten ausgedünnt oder verzögert wird und neue Projekte im laufenden Jahr nicht mehr begonnen werden können?

34. Abgeordneter **Schanz** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, dem Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit für das zweite Halbjahr 1989 eine Aufstellung der laufenden Projekte der Technischen Zusammenarbeit zuzuleiten, die infolge zu geringer Ausgabenansätze unter Ausdünnung bzw. Verzögerung leiden?

35. Abgeordneter **Toetemeyer** (SPD)

Kann die Bundesregierung mitteilen, wie hoch insgesamt die Unterdeckung des Titels 896 03 im Einzelplan 23 des Haushalts 1989 ist, und mit welchen Einsparungen innerhalb der Projekte die Unterdeckung ausgeglichen werden soll?

36. Abgeordneter **Toetemeyer** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, dem Haushaltsausschuß überplanmäßige Ausgaben beim Titel 896 03 – gedeckt durch Weniger-Ausgaben beim Titel 866 01 – vorzuschlagen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

37. Abgeordnete **Frau Geiger** (CDU/CSU)

Ist die Meinungsbildung innerhalb der Bundesregierung zur Frage der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit eines Einsatzes der Bundeswehr im Rahmen von UN-Friedensoperationen jetzt abgeschlossen, da einerseits der Bundesminister des Auswärtigen, Genscher, bei einem Journalistengespräch am Rande der UNO-Vollversammlung am Sonntag (24. September 1989) in New York sich für eine Beteiligung von Bundeswehr-

soldaten unter der Voraussetzung einer Grundgesetzänderung ausgesprochen hat, dies aber andererseits in der Beantwortung meiner schriftlichen Fragen an die Bundesregierung vom 1. und 10. August 1989 (Drucksache 11/5068, Frage 19; Drucksache 11/5102, Frage 6) vom Bundesministerium der Justiz verneint wurde, und wenn ja, wann gedenkt die Bundesregierung über das konkrete Ergebnis dieses Meinungsbildungsprozesses zu unterrichten?

38. Abgeordneter **Herkenrath** (CDU/CSU)

Welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um das Schicksal der von der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) mit konkreten Namen benannten SWAPO-Gefangenen und SWAPO-Verschwundenen aufzuklären und für ihre Freilassung gemäß Resolution 435 zu sorgen?

39. Abgeordneter **Herkenrath** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß Vertretern des Internationalen Roten Kreuzes nach wie vor der Zugang zu den von SWAPO betriebenen Lagern in Angola verwehrt wird?

40. Abgeordneter **Hedrich** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach Aussagen der Gefangenen der SWAPO und nach Aussagen eines bekannten deutschen Pastors die SWAPO-Führer Nujoma und Hamutenya die Erdloch-Gefängnisse der SWAPO besucht hatten und Hamutenya selbst durch Folter erpreßte Geständnisse der Häftlinge per Video aufgenommen hat?

41. Abgeordneter **Hedrich** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung im Rahmen der besonderen deutschen Verantwortung für Namibia bereit, humanitäre Hilfe, Stipendien-, Start- und Existenzhilfen auch den Opfern der SWAPO zu gewähren?

42. Abgeordneter **Graf von Waldburg-Zeil** (CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung im Hinblick auf die Resolution 435 und die Menschenrechtsbilanz der SWAPO das Dreierprotokoll vom März 1989 zwischen der SWAPO, der Regierung Angolas und des UNHCR, wonach die SWAPO und nicht der UNHCR regelmäßig die Protokollpartner über die Situation der Namibier in den SWAPO-Lagern informiert?

43. Abgeordneter **Graf von Waldburg-Zeil** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Äußerungen von Anton Lubowski, die dieser wenige Tage vor seiner Ermordnung in einem Interview geäußert hat (vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 15. September 1989), denen zufolge die noch bei der SWAPO inhaftierten Gefangenen inzwischen aus Angola abtransportiert und nach Tansania sowie in die Volkrepublik Kongo verbracht

worden seien, und hat die Bundesregierung bereits Schritte eingeleitet, um eine Klärung dieser Vorgänge in diesen beiden Ländern zu betreiben?

44. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)

In welcher Weise ist die Bundesregierung gegenüber der SWAPO und den Regierungen Angolas und Sambias tätig geworden, nachdem die Berichte teils freigelassener, teils geflüchteter SWAPO-Häftlinge über ihre Haftbedingungen und die durchlittenen schweren und systematischen Folterungen bekannt wurden?

45. Abgeordneter **Marschewski** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung in den Äußerungen des Bundesministers des Auswärtigen vor der UNO, daß „von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft Gebietsansprüche an Polen gestellt würden", keinen Widerspruch zum Deutschlandvertrag, zu den Ostverträgen, den Entscheidungen und Resolutionen des Deutschen Bundestages sowie zur Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts?

46. Abgeordneter **Vosen** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, bei den anderen Signatarstaaten des Träger-Technologie-Regimes vorstellig zu werden mit dem Ziel, die Parameter „300 km Reichweite" und „500 kg Nutzlast" wegen der Möglichkeit, chemische oder biologische Waffen mit Trägern zu transportieren, zu reduzieren?

47. Abgeordneter **Stiegler** (SPD)

Was unternimmt die Bundesregierung, um innerhalb der Europäischen Gemeinschaft die Gleichberechtigung der deutschen Sprache mit der englischen und französischen durchzusetzen, und was unternimmt sie insbesondere, um durchzusetzen, daß nicht allein durch die Verwendung der Sprache kleine und mittlere deutsche Unternehmen bei Ausschreibungen benachteiligt werden?

48. Abgeordneter **Dr. Mechtersheimer** (DIE GRÜNEN)

Treffen Pressemitteilungen zu, daß auch bei der Bundesregierung die Pläne des Oberbefehlshabers der NATO und der US-Truppen in der Bundesrepublik Deutschland, John R. Galvin, „eine ausgezeichnete Aufnahme" gefunden haben, wonach im Falle von Abrüstungsvereinbarungen ein Land mit modernen Waffensystemen diese an ein nicht so gut gerüstetes weitergeben soll, damit am Schluß dieses „qualitativen Transfers" lediglich die ältesten Waffen verschrottet zu werden brauchen?

49. Abgeordneter **Duve** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung Dokumente, die auf der „Konferenz der amerikanischen Streitkräfte" im November 1987 in Mar del Plata/Argentinien von hochrangigen nord- und lateinamerikanischen Militärs diskutiert wurden (inzwischen sind diese Papiere auch auf deutsch

veröffentlicht worden: Totaler Krieg gegen die Armen. Geheime Strategiepapiere der amerikanischen Militärs; hrsg. von U. Duchrow, G. Eisenburger, J. Hippler, München 1989) und in denen u. a. anerkannte internationale Hilfsorganisationen (z. B. „Brot für die Welt", „Adveniat", „amnesty international") in das Umfeld einer angeblich weltweit operierenden kommunistischen Bewegung gestellt werden?

50. Abgeordneter **Duve** (SPD)

Was tut die Bundesregierung, um Bundesbürger, die in Ländern Lateinamerikas in solchen Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen arbeiten, die von der „Konferenz" als „kommunistisch" eingestuft werden, zu schützen?

Bonn, den 29. September 1989

Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, Reisertstraße 14, 5202 Hennef (Sieg), Telefon (02242) 6044, Telefax (02242) 83179
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 201363, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 363551, Telefax (0228) 361275
ISSN 0722-8333